



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus den Memoiren eines deutschen Politikers : Deutschland zur Zeit des italienischen Krieges 1859 : I. Bis zum Präliminarfrieden von Villafranca.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus den Memoiren eines deutschen Politikers.

Deutschland zur Zeit des italienischen Krieges 1859.

I. Bis zum Präliminarfrieden von Villafranca.

Memoirenartige Aufzeichnungen von Zeitgenossen über das, was sie selbst erlebt, gethan, beobachtet, haben immer einen besonderen Reiz. Einen noch größeren, wenn der Kreis dieser Beobachtungen und Erlebnisse dadurch erweitert ist, daß der Verfasser solcher Aufzeichnungen seine eignen Erfahrungen und Anschauungen mit denen Anderer im Wege der Correspondenz ausgetauscht hat.

Aufzeichnungen und Correspondenzen dieser Art liegen uns vor von der Hand eines Mannes, der ein langes und rühriges Leben theils berufsmäßig, theils in freier Sphäre der Beschäftigung mit den öffentlichen, insbesondere den großen nationalen Angelegenheiten seines deutschen Vaterlandes widmete. Er hat dieselben den Seinen behufs späterer Hinausgabe in die Oeffentlichkeit hinterlassen, mit der Bestimmung, daß vor einer gewissen Zeit nur einzelne Partien, und auch diese nur mit Hinweglassung der Namen der noch lebenden Correspondenten, veröffentlicht werden dürfen.

Dieser Bestimmung gemäß sind in den nachfolgenden Mittheilungen nur diejenigen Persönlichkeiten namentlich aufgeführt, welche nicht mehr leben, die noch lebenden dagegen unkenntlich gemacht. Aus den Namen jener Ersteren wird man aber schon abnehmen, in welchen politischen Kreisen der Verfasser verkehrt, aus welchen er seine Beobachtungen geschöpft hat, und daß seine Quellen nicht zu den schlechtesten gehören.

Nach diesen einleitenden Anordnungen geben wir dem Verfasser der Aufzeichnungen selbst das Wort:

Die Aufrührung der italienischen Frage durch den vielberufenen Neujahrsgruß Napoleon's an Oesterreich regte mich zu lebhaften Betrachtungen und Besorgnissen über die Stellung Frankreichs zu Deutschland, zugleich, in Verbindung mit den Hoffnungen, welche die neue Aera in Preußen erweckte, zur Wiederaufnahme niemals vergessener, sondern nur vertagter Bestrebungen für die innere Neugestaltung Deutschlands an. Ich schrieb damals an einen Freund: „Der Fortbestand der österreichischen Herrschaft über Italien mag

auf die Länge zweifelhaft sein; allein, daß an ihre Stelle nicht eine französische trete, müssen Preußen und Deutschland Alles daransehen.“

Als dann die Eventualität eines thatsächlichen Einschreitens Frankreichs in den österreichisch-italienischen Handel immer mehr heranrückte, präcisirte ich meine Ansichten weiter so: „Um keinen Preis darf der Grundsatz im europäischen Völkerrecht Platz greifen, als ob es irgend einer einzelnen Macht zustehende, eine Veränderung in dem allgemeinen Status quo (auch wenn dieselbe an und für sich rätzlich erscheinen sollte) von sich allein aus, durch Gewalt oder Drohungen, herbeizuführen und somit sich zum Schiedsrichter von ganz Europa aufzuwerfen. Um diesen Grundsatz nicht Geltung gewinnen zu lassen, haben seinerzeit England und Frankreich selbst einen Krieg mit Rußland nicht gescheut; die Wiederkehr der gleichen Gefahr sollte, meine ich, jedesmal eine ähnliche Coalition aller übrigen Mächte zur Folge haben.“

Als die Hauptsache erschien es mir aber, daß das nicht-österreichische Deutschland an dem entstandenen Conflict sich von keinem andern, als von dem Standpunkte seines Interesses, als einer selbständigen und europäischen Macht, theilhaftige, daß es sich in keiner Weise von Oesterreich ins Schlepptau nehmen lasse, und daß es zu dem Ende sich so rasch als möglich in einer festeren Form, als der bisherigen, einigte. Diese Aufgabe mußte natürlich Preußen zufallen. Und so führte, wie mir schien, die Gewalt der Thatsachen, die Gefahr eines auch für Deutschland bedrohlichen Uebergewichts Frankreichs, mit Nothwendigkeit dahin, den Gedanken einer Einigung Deutschlands unter Preußens Führung, zunächst der militärischen, wieder aufzunehmen und mit allen Kräften seiner Verwirklichung entgegenzuführen. Darin mit mir sich belegend, schrieb mir am 25. März ein politischer Freund aus Sachsen:

... „Ueber die Preussische Politik in der jetzigen Krisis habe ich mich mit Nießer*) viel gestritten; denn ich gestehe, daß mir die preussische Note vom 12. Februar wie von Manteuffel geschrieben vorkam. Man will sich dort nicht darüber klar werden, daß mit Napoleon ein dauernder Friede nicht möglich ist. Als ich aber sagte, Preußen müsse mit Oesterreich, wenn dieses in Italien angegriffen werde, fest zusammenhalten — nicht um für dessen Politik dort einzutreten, sondern um Napoleon zu zeigen, daß sich Europa nicht von ihm beherrschen lasse — dann aber mit den übrigen Großmächten gemeinsam die italienische Frage ordnen, nannte dies Nießer eine pädagogische Politik.

Möglich, ich irre mich, aber die Sache gefällt mir gar nicht.“

Nicht lange darauf erhielt ich von einem Manne, der nicht professioneller Politiker war, folgende Zuschrift:

... „Ist Etwas seitens der Gothaner geschehen, und was, um eventuell

*) Damals auf einer Reise durch Mitteldeutschland begriffen.

bei einem Stoß, wenn er im Südwesten erfolgt, nicht fertig, doch vorbereitet für eine Manifestation, einen Ruf, „Die Waiblingen!“ aufzutreten? Preußen scheint zuviel im Innern zu thun zu haben, und seine specifisch preussische Genugthuung über die ihm octroyirte Wandlung zum Besseren scheint es vergessen zu machen, daß es nach den schmählischen 10 Jahren andrer Gewähr, als zahmer Ministerreden, bedarf, um uns an seine deutsche Pflichterfüllung glauben zu lassen. Wir wissen — und darin stimmen die Preußen mit uns überein, — daß wir ohne Preußen nichts können, aber den anderen Glaubenssatz, daß auch Preußen ohne uns für Deutschland zu schwach ist, scheinen die Herren nicht zu capiren. Nun glaube ich zwar an keine nahe, unmittelbare Gefahr, denn die Chancen liegen dem Aventurier keineswegs so günstig, wie manche fürchten, aber bei der Unterwühlung in Italien und der Kriegslust Oesterreichs kann der Teufel losgehen, ehe man sich's versieht, durch irgend welches untoward event.

Napoleon ist zu kaltblütig, und die inneren Zustände sind, soviel man sehen kann, noch nicht so desperater Art, daß er ohne Bürgschaft einiges Erfolges losbrechen sollte. Im italienischen Oesterreich sind ihm die Oesterreicher gewachsen, und es hieße, den Stier bei den Hörnern angreifen wollen, auf Mailand zu marschiren, wenn er nicht gleichzeitig des Oberrheins und der Oberdonau sicher ist; allerdings kann er diese Position überrumpeln, allein dafür müssen wir über ihn herfallen — ich sage: müssen, denn ohne solches Muß wirds zu keinem Entschluß kommen, wenn Preußen sich nicht zur Initiative ermannt — und dazu fehlen die Leute.

Wenn dem so ist, frage ich: Was ist von den Reichstagsmännern geschehen? Wissen Sie, wo Ihre Leute sind? wie sie jetzt denken? Ich habe an der Kriegs-Chance nichts auszusetzen, als daß sie zu früh und zu plötzlich kommt, denn daß wir ohne Prügel und Schwerenoth einen Schritt nach dem deutschen Reich weiter kommen, daran glaube ich nicht. Was den Schutz und Trutz anlangt, so muß vor Allem die Zauberformel gefunden werden, auf welche sich ein bedingter Bund mit Oesterreich machen läßt; denn, je mehr ich die italienischen Zustände und die neu-metternichsche Politik betrachte, um destomehr schrecke ich vor einem unbedingten Bündniß zurück. Also ein conditionales Bündniß zwischen Oesterreich und dem nicht-österreichischen Deutschland!

Aber davon verlautet nichts, ja nicht einmal von einer Vorfrage Preußens bei den Einzelregierungen. Wenn die Regierungen ihre Pflicht versäumen, so meine ich, wir sollten thun, was an uns ist; also abermals: was haben Sie gehört oder gethan?“

Ich konnte nicht anders, als vollkommen zustimmend auf diesen Brief

antworten und die Zusage geben, daß meinerseits das Mögliche in dieser Richtung geschehen solle.

In den letzten Tagen des April führte mich eine andre Angelegenheit nach Berlin. Da die Kammern dort noch versammelt waren, so fand ich manche alte Freunde und Collegen aus Frankfurt und sonstige Bekannte aus früheren Stadien der gemeinsamen deutschen Bestrebungen. Ich nahm Gelegenheit, mit diesen Allen, soweit ich nur konnte, über die augenblickliche Lage zu sprechen und ihnen meine Ansichten betreffs der daraus für unsre nationalen Zustände zu ziehenden Vortheile zu entwickeln. Besonderen Anlaß dazu gab mir ein gemeinschaftliches Essen, welches Herr v. Vincke so freundlich war zu veranstalten, und bei welchem ich außer manchen alten Frankfurtern auch die ehemaligen Minister Heinrich v. Arnim und Milde nebst anderen preussischen Abgeordneten traf. Auch mit Rud. v. Auerswald, Lette, Wenzel, Schubert und Anderen hatte ich darüber mehr oder weniger ausführliche Gespräche, ebenso mit einigen hervorragenden, der damaligen Regierung nahestehenden Publicisten. Leider fand ich nirgends eingehendes Verständniß oder selbst nur lebhaftes, zur Thätigkeit bereites Interesse für eine Erfassung der deutschen Frage in dem Sinne, wie ich mir solche dachte. Zum Theil sah man die ganze Verwicklung als eine Preußen wenig berührende an; zum Theil verhehlte man gar nicht eine gewisse Schadenfreude über eine Demüthigung Oesterreichs, in der man eine Art Nemesis für Olmütz erblickte; endlich gab es auch Einige, welche so sehr mit den inneren Zuständen Preußens und der Hoffnung einer Verbesserung derselben durch die neue Aera beschäftigt waren, daß sie für nichts Anderes Sinn zu haben schienen.

Nach meiner Rückkehr aus Berlin wendete ich mich brieflich an verschiedene mir mehr oder weniger nahestehende politische Männer in Hannover, Batern, Baden u., auch in Preußen, um über den Stand der öffentlichen Meinung und die Möglichkeit einer anstoßgebenden Bewegung auf dieselbe in der oben angedeuteten Richtung mir Gewißheit zu verschaffen. Die nachstehenden Briefe enthalten die Antworten auf diese meine Anfragen; sie geben ein Bild der damaligen Stimmungen, namentlich auch in den politisch berufenen Kreisen, so ziemlich aus allen Theilen Deutschlands. Ich lasse dieselben hier folgen.

Ein Freund aus Preußen, (er mag B. heißen,) gegenwärtig Mitglied der deutschen Fortschrittspartei im Reichstage, schrieb mir am 21. Mai: „In folgenden Hauptpunkten der von Ihnen entwickelten Ansichten stimme ich durchaus mit Ihnen überein. Ob und wie Deutschland, wenn es nun einmal in die bevorstehenden Kämpfe hineingerissen wird, seine alten Rechte auf abgerissene Landestheile geltend machen kann und soll, hängt von Erfolg und

Gelegenheit ab und kann uns jetzt durchaus nicht kümmern. Dagegen ist die Form für die feste innere Einigung Deutschlands schon deshalb gegenwärtig, vor Beginn des Kampfes, so dringend, weil dessen Durchführung und Erfolg davon abhängen. Und weiter muß sowohl diese, wie die anderen unerläßlichen Reformforderungen innerhalb des Verfassungslebens der Einzelstaaten, jetzt, vor dem Kampfe, und im Angesicht der drohenden Gefahr, gestellt werden, weil sonst das alte Stück wieder mit uns aufgeführt wird, daß die Regierungen nach dem Siege, wenn das Volk, von seinen Anstrengungen und Opfern ermattet, seine Kraft zur Reparatur der materiellen Kriegsschäden zunächst concentrirt, von allen schönen Verheißungen nichts mehr wissen wollen. Fordern wir, so lange man das Volk braucht, dringen wir jetzt namentlich auf die deutsche Einheit, wo die Regierungen selbst durch ihre bedrohte Stellung an deren Nothwendigkeit gemahnt sind und in ihren Manifesten auf nationalen Sympathien und Tendenzen fußen! Ist der Anlaß der Furcht vorüber, dann will der kleinste Landesfürst im souveränen Ritzel Nichts weiter davon wissen. Aber, so einig wir wohl Alle über das Ob sind, so schwierig ist das Wie, und hier möchten die Meinungen entsetzlich auseinander gehen. Mit dem Geschrei nach einer Volksvertretung beim Bundestage ist es Nichts. Ueber so unklare und triviale Vorstellungen sollte man doch jetzt weg sein. Was wir brauchen, ist: a. Einheit der Action nach Außen, also eine handelnde Spitze, eine Executive, welche über die Bundesmacht verfügt; b. eine Centralstelle für gemeinsame Interessen im Innern, z. B. in der Gesetzgebung, zur Entscheidung von Streitigkeiten sowohl zwischen den Bundesstaaten wie zwischen den einzelnen Staatsgewalten derselben, Regierungen und Kammern u. s. w. Zu b. möchte nun wohl den Vertretern der Regierungen eine Vertretung aus den Kammern der Einzelstaaten — nicht direct aus dem Volke — an die Seite gesetzt werden können, worüber sich natürlich viel streiten läßt und worauf es mir jetzt weniger ankommt.

Aber die Spitze zur Action gewinnen wir so nicht, und das Einzige, was ich jetzt in dieser Richtung für erreichbar und nothwendig halte, ist das Bundesfeldherrnamt Preußens; dahin muß die Presse, müssen die Volksvertretungen wirken. Ob daraus im Laufe der Ereignisse nicht mehr gemacht werden kann, nicht die einzig naturgemäße Staatseinheit für uns geschaffen werden kann: die Absorbirung der kleinen Duodez-Souveränitäten in der Hauptmacht, und in welchem Umfange und bis zu welchem Grade, hängt von den Umständen und deren Benutzung ab.

Gewiß hatte die Kaiseridee der Frankfurter Nationalversammlung ihre Berechtigung, und ich und meine Freunde haben, soviel an uns lag, dafür gestritten. Nur einen Hauptfehler hatte sie, der zum Theil ihr Scheitern mit sich führte: daß man Oesterreich mit in die Conjunction verflochten hatte.

Oesterreich müßte sich selbst aufgeben mit der Unterordnung unter eine deutsche Centralmacht.

Seine Bestimmung, sein Schwerpunkt liegen außerhalb Deutschlands; dennoch aber ist es für Deutschland von höchster Wichtigkeit, daß die deutschen Länder Oesterreichs als Kern der Monarchie erhalten und durch keine andre Bestimmung von ihrer Aufgabe, der Germanisirung der Oestländer, abgezogen werden dürfen. Oesterreich braucht die volle Souveränität für diese hochwichtige Aufgabe, und es kann mit dem übrigen Deutschland nur in eine Bundesverfassung treten.“

Auf den vorstehenden Brief erwiderte ich am 23. Mai eingehender: Es scheine mir an der Zeit, eine Proclamirung der Reichsverfassung von 1849 durch Preußen, oder eine Aufforderung dazu durch ein Vertrauensorgan des deutschen Volkes, zunächst, als Vorbereitung dazu, vielleicht Uebertragung des Bundesfeldherrnamtes an Preußen nebst einer Ständevertretung am Bunde. Er möge mit seinen Freunden die Sache weiter besprechen und eine Verständigung anbahnen.

Aus Baiern erhielt ich von einem dortigen Gesinnungsgenossen folgende Zuschrift am 23. Mai:

„Das Bedürfniß einer direkten persönlichen Verständigung zwischen Denjenigen, welche mindestens in den allgemeinen politischen und nationalen Grundanschauungen einig sind, ist auch hier in dem kleinen Kreis meiner politischen Freunde lebhaft genug empfunden und besprochen worden. Immer hat uns jedoch die Besorgniß zurückgehalten, eine größere, die öffentliche Aufmerksamkeit unvermeidlich erregende Zusammenkunft werde resultatlos, ohne den Einigungspunkt gefunden zu haben, auseinandergehen und dann nur das Uebel vermehren. * * * kommt von einer Reise nach Stuttgart und Heidelberg zurück. Er hat die Sache dort mit Römer (dem Vater), Häusser, H. G., B. u. A. besprochen und jenes Bedenken nur neuerdings gerechtfertigt gefunden. Dadurch wäre nicht ausgeschlossen, daß sich eine kleine Anzahl von Solchen, die auf wechselseitige Verständigung sicher hoffen können, völlig unbemerkt zu mündlichem Meinungsaustrausch vereinigte und vielleicht für Weiteres einen Kern zu gewinnen suchte.

Von einer öffentlichen Meinung in Betreff der Verfassungsfrage kann bei uns so wenig wie anderwärts gesprochen werden: schon die Nothwendigkeit, in der äußeren und inneren Frage gleichzeitig Zug um Zug vorzugehen, die Lösung der einen durch die Lösung der anderen zu fördern, ist nicht hinlänglich erkannt. Auf diese Erkenntniß, glaube ich, wäre vorerst in der Presse unablässig hinzuwirken. Es scheint mir, daß gerade in der jüngsten Zeit die Gedanken auch anderwärts mehr diese Richtung nehmen, obwohl sie sich in

dem vagen Postulate der „Volksvertretung beim Bunde“ bewegen, ohne eine concrete Gestalt anzunehmen.“

In der Antwort auf diesen Brief (vom 27. Mai) stellte ich folgende 7 Hauptpunkte einer Verständigung auf:

- 1) Eine größere Machtstellung Deutschlands ist in diesem Augenblick durchaus nothwendig.
- 2) Dieselbe kann nur erreicht werden durch eine mehr einheitliche und volksthümliche Organisation der Bundesverfassung.
- 3) Schon während dieses Krieges sollte wenigstens die militärische Leitung einheitlich eingerichtet werden,
- 4) ebenso die diplomatische;
- 5) es ist im höchsten Interesse Deutschlands, wenigstens diese einheitliche Organisation ins Werk zu setzen, bevor es irgendwie activ auftritt.
- 6) Sehr wünschenswerth wäre daneben eine Gesamtvertretung der Nation.
- 7) Jene oberste Leitung kann nur an Preußen übertragen werden.

Aus einem Schreiben eines Mitgliedes der demokratischen Opposition in Württemberg an einen Freund in Norddeutschland (vom 18. Mai) ward mir Folgendes mitgetheilt:

Das neuere Verhalten Preußens wird hier, wenigstens in meinen Kreisen, sehr anerkannt. Preußen wollte anfänglich Oesterreich offenbar ganz stecken lassen, es war von Napoleon's Versprechungen geblendet. Erst die deutsche, namentlich süddeutsche Bewegung und der von Oesterreich herausbestochene französisch-sardinische Vertrag hat ihm die Augen geöffnet. Man will nun in Preußen, wie die Reden vom Thron, Ministerium und von den Abgeordneten zeigen, gegen Napoleon einschreiten. Das liegt jetzt klar und das ist anzuerkennen. Ebenso klar liegt aber, daß Preußen bei dieser Gelegenheit die Schmach von Olmütz und Bronnzell abschütteln, den deutschen Bund vollends todtmachen und in Deutschland weiter um sich greifen will, und daß Oesterreich, sowie die kleineren Potentaten das wohl merken und verhindern wollen. Unsere Aufgabe ist in diesem Streite, den Fürsten mit der Republik Angst zu machen, daß sie, von allen Seiten geängstigt und gehehrt, sich jetzt mindestens unter die Hegemonie Preußens flüchten. Wenn und, solange Oesterreich ohnmächtig und in Krieg verwickelt ist, muß die Zeit benutzt werden, denn nach her ist keiner mehr bereit, sich zu ducken.“

Ein norddeutscher Gesinnungsgenosse, der damals sich in Süddeutschland (München) aufhielt, schrieb mir von da am 1. Juni:

„Die deutsche Verfassungsfrage jetzt anzugreifen, fanden . . . (folgen mehrere Namen hervorragender Mitglieder der sogenannten gothaischen Partei in verschiedenen Theilen Deutschlands, die der Brieffschreiber gesprochen) höchst

bedenklich. Es sei noch keine neue Basis für die Lösung dieses Problems gewonnen; Oesterreich sei heute mächtiger in Deutschland, als je. Man wäre in Berlin vielleicht nicht abgeneigt, auf ein deutsches Parlament einzugehen, wenn auch nur in der Form von Kammerausschüssen. Wenn aber Preußen die Sache in die Hand nähme, würde es damit nicht alle Regierungen fast unbedingt ins österreichische Lager treiben? Sind die Völker so mächtig und so politisch entschlossen, um diese Wendung der Cabinette aufzumägen? Glauben Sie, daß der Prinzregent je sich entschließen könnte, an die Völker gegen die Fürsten zu appelliren?

Ich glaube, wie die Dinge heute liegen, müssen wir die Bürgschaften für eine nationale Führung und Schließung des Krieges wesentlich in einem deutschen Programm über die italienische Frage suchen. Wenn ich nicht irre, ist es ein österreichischer Kriegszweck, die piemontesische Verfassung zu beseitigen und die Jesuiten zu reactiviren. Wenn Preußen die bewaffnete Mediation ausüben will, welches Programm würden Sie wünschen? Wir hier sind so ziemlich über folgende Punkte einig: die Franzosen aus Italien, Oesterreichs Besitz ungeschmälert, aber die piemontesische Verfassung erhalten, constitutionelle Ordnungen in Mittel- und Unteritalien, Beseitigung der österreichischen Separatverträge, d. h. des österreichischen Absolutismus in Italien. Ein solches Programm gäbe unserm Krieg einen so decidirten Charakter, daß wir keine schlimmen Rückschläge fürchten müßten. Die Durchsetzung eines solchen Programmes gegen die ganz anders gearteten Tendenzen Oesterreichs wäre ein Sieg der constitutionellen und nationalen Sache gegen Absolutismus und Ultramontanismus in Oesterreich und Deutschland. Dieses Programm ist natürlich gegeben, und daß wir ein Programm über die Lösung der italienischen Frage haben müssen, daß sich Preußen mit Oesterreich darüber vor dem Krieg verständigen muß, ist klar."

Der Leiter eines großen demokratischen Blattes in Preußen schrieb mir am 4. Juni:

"..... Mit Ihren Bemerkungen über die politische Lage haben Sie vollkommen Recht; auch sind Sie zu dem Lächeln über unsre „sanfte Abwehr“ berechtigt. Aber Sie werden auch gerecht genug sein, zu erwägen, 1) welche Schwierigkeiten Preußens Stellung darbietet und 2) mit welchen Männern an der Spitze der Regierung wir unsre Politik machen müssen.

Wollen wir praktische Politik treiben, d. h. wirklich Etwas durchsetzen für Deutschlands Einheit, die doch das A und das D aller unsrer Anstrengungen sein muß, und uns nicht wieder Illusionen hingeben, so müssen wir mit den gegebenen Factoren rechnen. Daher unsere Haltung, die vielleicht Etwas von Selbänzern an sich hat, aber hoffentlich doch für den

Kenner der Verhältnisse den dünnen Strich kenntlich macht, auf dem wir vortrücken.

Ich habe Hoffnung, gegründete Hoffnung, daß Etwas für Deutschland dabei herauskommt, wenn's uns gelingt, im rechten Augenblick Preußen zur Action zu bringen. Sie kennen unsre Staatsmänner; sie sind von Ihrer Partei, Alles Gentlemen, aber vor lauter Bedenklichkeiten und Erwägungen schwer zur That zu bringen. Dazu unsre böse zehnjährige Manteuffel'sche Erbschaft!"

Um dieselbe Zeit schrieb mir auch B. wieder:

„Ich habe da und dort persönlich angeklopft und hingehört, — überall Spaltung und Confusion statt nationaler Gedanken, Partei-Antipathieen und kleinstaatliche Eifersüchtelei! Wir haben noch furchtbare Prüfungen zu bestehen, und nur ein großes nationales Unglück wird im Stande sein, uns durch sein Läuterungsfeuer dahin zu bringen, wo der gesunde Sinn des Volks und der Regierungen von selbst stehen sollte. Doch ich breche von dieser Jeremiade ab und gehe sofort auf die in Ihrem letzten Briefe angeregten Gedanken ein.

Darüber, daß aus jeder einheitlichen Action nach außen und nationaler Gestaltung nach innen so lange Nichts werden kann, als die deutschen Kleinstaaten ihre volle Souveränität behalten, sind wir einig, und die Frage ist nur, auf welchem Wege man dahin gelangt, letztere zu beseitigen. Die Einführung der Reichsverfassung, mindestens in den betreffenden Abschnitten, würde dies allerdings bewirken und wäre mir schon recht; die ganze demokratische Partei in Preußen, mit Ausnahme einiger Radikalen, die kaum in das Gewicht stelen, hat ja 1849 dafür gekämpft und würde auch jetzt dafür zu gewinnen sein. Allein wie wollen Sie die Regierungen der Kleinstaaten (Sachsen, Hannover zc.) dahin bringen, (selbst wenn die Bevölkerungen dafür wären) eine deutsche Nationalvertretung wählen zu lassen, welche jenen Beschluß faßte, der sie mediatisirt? Oder wollen Sie von der Nationalvertretung jetzt ganz absehen und das Werk des Deutschen Parlaments ohne Weiteres, als endgültig bereits festgestellt und nur bisher suspendirt, proklamiren? Dies könnte dann Niemand anders, als die Preussische Regierung; aber — das können wir uns doch keinen Augenblick verhehlen — damit proklamirte sie zugleich die Revolution, rief die Bevölkerungen der Deutschen Kleinstaaten gegen ihre Regierungen auf, die sich ohne Zwang nimmermehr einer solchen Maßregel fügen. Ja ich fürchte, daß wir sogar einen großen Theil jener Bevölkerungen gegen uns hätten, namentlich das Militär, und die sämmtlichen Staaten erst erobern müßten, ehe wir das durchsetzten. Ich hätte auch dagegen nichts von meiner Seite einzuwenden, wenn der Erfolg einigermaßen gesichert wäre — aber ist das bei jetzigen Um-

ständen auch thunlich? Dazu gehörte der große Kurfürst mit seinem weiten politischen Gewissen, seiner eisernen Zähigkeit und Energie. Aber unser Regent? Können Sie von dem, besonders bei der ausgesprochenen Stellung des Königs zu dieser Frage, wohl je erwarten, daß er das Volk gegen die Regierungen benutzte und mit der Revolution sich verbände? Dies müßte er aber, selbst um die Wahl einer Deutschen Nationalvertretung durchzusetzen. Daher bleibe ich dabei: das einzig Thunliche und Mögliche ist, daß man die selbstständige kriegerische und diplomatische Leitung Deutschlands während der jetzigen Krise für Preußen fordert, was ich wohl nicht scharf genug durch den Ausdruck „Bundesfeldherrnamt“ früher bezeichnet habe. Dies läßt sich für jetzt erreichen, zu solchen Concessionen wird vielleicht die Noth die Kabinette drängen, wenn Preußen daran sein Einschreiten knüpft, wie es muß. Ob diese vorläufige und nur zeitweise Concession nicht im Laufe der Ereignisse eine bleibende, in die Einführung der Reichsverfassung am Ende hinüberleitende Einrichtung wird — ist eine zweite Frage, und Preußen müßte sehr ungeschickt manövriren, wenn es das nicht werden sollte. Erwacht namentlich in den bevorstehenden Kämpfen der Nationalgeist, und führt Preußen dieselben irgendwie glücklich zu Ende, so möchte alsdann ein solcher Umschlag von den Kleinstaaten kaum abzuwenden sein.

Ferner bleibe ich dabei, daß es schon ein großer Gewinn ist, dies Alles mit Norddeutschland durchzusetzen, wenn es auch mit Süddeutschland noch nicht geht, wie ich fürchte. Principiell fällt es mir gar nicht ein, Süddeutschland von unsern Einigungsideen auszuschließen; aber das halte ich für falsch, über dem Ausblick nach dem letzten Ziele das zunächst Erreichbare sich unter den Händen entgleiten zu lassen.

Daß wir nur langsam und schrittweis dahin gelangen, ist mir nach allen Entwicklungsgesetzen unzweifelhaft, die mich bei einer solchen Aufgabe, wie die Consolidirung Deutschlands, an die Krytallisationsgesetze gemahnen. Preußens Geschichte beweist dies recht lebhaft. Und würden wir nur erst in Norddeutschland Eins, was wollten dann die Süddeutschen machen? Wir haben die See und die Ströme, und sie müßten zu uns ganz von selbst, oder sie wären politisch und wirthschaftlich verloren.

Daher nur auf die preußische Oberleitung losgesteuert, deren Nothwendigkeit Jedermann, außer etwa die hannoversche und bairische Regierung, einseht.

(Schluß folgt.)